

## Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reizschmeckte

### Des Problem mit dr holda Dämlichkeit

VON TOM HÖRNER

Zum Beitrag „En dr Mundart langet zwei Geschlechter“ von Albrecht Hartmann vom vergangenen Montag will Anneliese Stegmaier aus Urbach etwas ergänzen: „Ich muss vorausschicken, ich habe die 80er-Feier schon hinter mir. Wenn wir beim Jahrgang miteinander sprechen, dann wird von „Mädla ond Kerle“ gesprochen. Dann heißt es da etwa: „Von de Kerle send net so viel do gwea, Mädla waret mei.“ Womit bewiesen wäre: Auch in hohem Alter redet man noch von Mädle ond Kerle.“

Auch Andreas Rometsch aus Großbottwar hat eine Ergänzung, wobei wir nicht sicher sind, ob er sich damit überall Freunde macht, Pardon Freundinnen: „Wenn man zu einer Gruppe Frauen sagt: ‚Jetzt kommt dui Weiber,‘ no koas sei, dass dui empört maulet. Se wäre keine Weiber, sondern Damen. No braucht mer se bloß z'froga, was ehne lieber isch: die holde Weiblichkeit oder die holde Dämlichkeit.“

Wolfgang Schall aus Waldenbuch meldet sich „mit einem Spruch aus dem Munde des aus Königsbrunn (Ostalb) stammenden Opas der Lebensgefährtin unseres Sohnes. Mae Frau ond i hend zwor Corona grad überstanda, send abr no recht schlapp ond a bissle nebr dr Kapp. Zu sodde Leit, dia mo mir zu nix brauchta ka, häbr gsaed: ‚Dia kama mitsamt dr Kapp onder da Sofa schiaba.‘“

Hans-Dieter Kurrle aus Bad Brückenau hat uns „als ibrzegter Wittaberger em boirische Ekzil zu no zwoi Sprichgschickt: ‚Was gibst's'n heiit zom Essa?‘ – ‚Greeschte Kellerschtafla.‘ Ond: ‚Was soll i denn macha da ganze Dag?‘ – ‚De Schneggga auf d'Schwenz hua, dass se net kleifat.‘“

Zum Thema „d'Leich“ schreibt Theo Rich aus Ostfildern: „Pietät hin, Pietät her. Zom Gschichtle vom Bernhard Frey am letschta Samschtag fällt mir au no a weiteres ei: Vor viele Jahr isch en onserm Flecka a alter ond widerwärtiger Buddler gschorba. Bei dr Leich hot dr Pfarrer am Grab dr Witwe kondolieret. ‚Jo, isch isch wohl traurig, hot se zo ihm gsait, aber jetzt han i's wenigstens au no a Weile schee.‘“

Der schwäbische Spruch des Tages kommt von Josef Stöpfel aus Wetzgau von der Ostalb: „Zur rechda Zeit schwätz. Zur falscha halt dai Maul.“

**→ Schreiben Sie uns:**  
Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: land@stn.zsgs.de

## Eine Buslinie topt alle

Die Regibuslinien gelten als eine Art Lückenfüller, wo die Bahn fehlt. Eine Linie zum Bodensee ragt heraus.

VON CHRISTOPH LINK

**STUTTGART.** Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat am Dienstag mit seinem Verkehrsminister Winfried Hermann eine Bilanz der Regibusse gezogen: 36 solcher Linien bestehen im Land – beispielsweise zwischen Leonberg und dem Flughafen Stuttgart, Wangen und Isny oder Münsingen und Bad Urach. „Durch Regibusse können wir den landesweiten Stundentakt auch dort einsetzen, wo die Infrastruktur für ‚Züge fehlt“, sagte Kretschmann.

Die Regibusse leisteten einen guten Beitrag zur Verkehrswende, dem Klimaschutz und der Erschließung des ländlichen Raumes. „Es gibt eine wachsende Nachfrage der Kommunen für neue Regibuslinien, und das zeigt, wie gut unser Programm dem Bedarf an Mobilität ohne Schiene entspricht“, sagte Hermann. Von 2015 bis 2021 habe das Land für solche Linien Fördermittel in Höhe von 74,5 Millionen Euro bewilligt. Mit den Russen sollten Lücken im Zugnetz des ÖPNV zwischen benachbarten Ober- und Mittelzentren geschlossen werden, so der Minister. Ein Spitzenreiter ist die Regibuslinie zwischen Sigmaringen und Überlingen, wo sich die Nachfrage von 2015 bis 2019 verdreifacht hat auf 1150 Fahrgäste täglich. Regibusse fahren in der Regel werktags von 5 Uhr bis 24 Uhr im Stundentakt, samstags starten sie um 6 Uhr, sonntags um 7 Uhr.

VON RAINER PÖRTNER

**STUTTGART.** Ein Krieg im Osten Europas, große Probleme in der Energieversorgung, rasant gestiegene Preise, ein bisher ungebreiteter Klimawandel und schließlich der Wiederanstieg der Coronazahlen – es gibt aktuell ein ganzes Bündel von Krisen. Wie reagieren darauf die Menschen in Baden-Württemberg? Der BaWü-Check, eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, gibt Antworten auf diese Frage. Die Untersuchung entstand im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

### 1. Zukunftssorgen

Insbesondere der Ukraine-Krieg und die Inflationssorgen beeinflussen die Stimmungslage der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg massiv. Der Zukunftsoptimismus verharrt weiterhin auf einem historischen Tiefststand. Nach wie vor sieht nur knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegen, die große Mehrheit bleibt tief besorgt: Knapp jeder Dritte blickt mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, ebenso viele mit Skepsis.

Damit liegt die Zuversicht in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet: In einer zur gleichen Zeit durchgeführten bundesweiten Befragung waren 28 Prozent der Bevölkerung für die kommenden Monate zuversichtlich gestimmt.

### 2. Preisanstieg

Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizöl. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen, auch gerade hier sparsamer zu sein und sich einzuschränken – mit Spritsparen, weniger Restaurantbesuchen, Einschränkungen beim Kleiderkauf, Verzicht auf Reisen und dem kostenbewussten Einkaufen von Lebensmitteln. Viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit. Personen, die sich von den Preissteigerungen besonders stark belastet fühlen, schränken sich in allen Bereichen weit überdurchschnittlich ein. Insbesondere bei den Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung, aber auch für Urlaube, Genussmittel und Hobbys versucht sich dieser Personenkreis überdurchschnittlich einzuschränken.

### 3. 9-Euro-Ticket

Um die finanziellen Belastungen der Bürger durch die gestiegenen Preise zu verringern, hat die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen verabschiedet. Unter anderem kann man seit Anfang Juni mit dem 9-Euro-Ticket den gesamten öffentlichen Nahverkehr beliebig oft nutzen. Bis zur Mitte des Monats hatten sich bereits 29 Prozent der Baden-Württemberger ein solches Ticket gekauft, weitere 17 Prozent planen dessen Erwerb. Besonders beliebt ist das Ticket bei der jungen Generation: Von den unter 30-jährigen haben bereits zwei Drittel das 9-Euro-Ticket erworben oder planen den Kauf.

Die Mehrheit der Baden-Württemberger würde zwar grundsätzlich die Fortführung des 9-Euro-Tickets über die bislang geplanten drei Monate hinaus begrüßen, allerdings nicht vorbehaltlos. So spricht sich jeder Dritte dafür aus, das 9-Euro-Ticket in seiner jetzigen Form dauerhaft beizubehalten. Ebenso viele plädieren jedoch dafür angesichts der Kosten in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro, die dem Staat in den drei Monaten für die Subventionierung entstehen, das Ticket nur zu angehobenen Preisen beizubehalten. 22 Prozent sprechen sich dafür aus, das Ticket nach den drei Monaten ganz auslaufen zu lassen.

Deutlich positiver fällt das Meinungsbild bei denen aus, die sich bereits ein 9-Euro-Ticket gekauft haben: Von ihnen würden 53 Prozent das 9-Euro-Ticket gerne in seiner jetzigen Form beibehalten, weitere 36 Prozent zu angehobenen Preisen. Lediglich 6 Prozent von ihnen sprechen sich dafür aus, das 9-Euro-Ticket nach Ablauf der drei Monate wie geplant auslaufen zu lassen. Bundesfinanzminister Christian Lindner hat allerdings bereits Erwartungen gedämpft, dass es für Tankabbat und 9-Euro-Ticket im September Anschlussregeln geben könnte: „Wir können nicht auf Dauer gestiegene Preise für das importierte Öl, die Entwicklung des Dollar und die Knappheiten bei Raffinerien mit Staatsgeld ausgleichen.“

## BaWü-Check

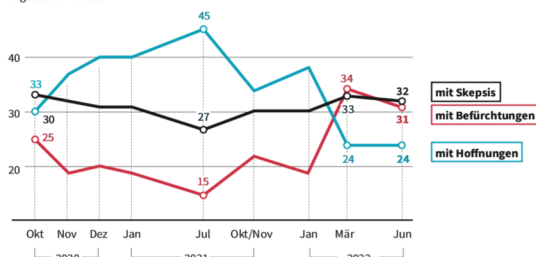


Weiterhin sind die Spritpreise sehr hoch.

Foto: dpa/Hauke Christian Dittrich

### Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

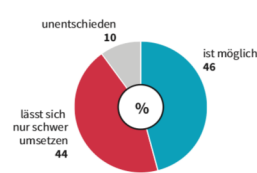
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? Angaben in Prozent



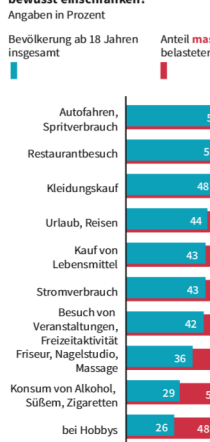
Haben wir in Deutschland zu viel Bürokratie? Angaben in Prozent



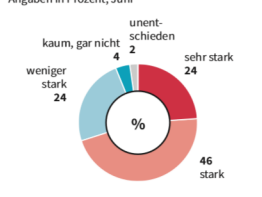
Ist es möglich, in Deutschland in größerem Umfang Bürokratie abzubauen? In Prozent



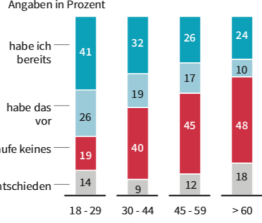
Gibt es Bereiche, in denen Sie sich aufgrund der gestiegenen Preise zeitweilig einschränken? Angaben in Prozent



Wie sehr belasten Sie die Preissteigerungen der vergangenen Monate? Angaben in Prozent, Juni



Kaufen Sie sich ein 9-Euro-Ticket? Angaben in Prozent



## Was ist der BaWü-Check?

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

**Zeitraum** In der Zeit vom 8. bis zum 14. Juni 2022 wurden in Baden-Württemberg 1068 erwachsene Personen online befragt. Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen Link zum Fragebogen gelangen. Dieser umfasste 13 Fragen. Die Teilnehmer konnten vorgegebene Antworten anklicken. *pö*

### 4. Mehrausgaben des Staates

Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als noch vor Ausbruch der Coronapandemie. Dennoch sehen die Bürger bei den staatlichen Ausgaben nur geringe Einsparpotenziale.

Im Gegenteil: Die große Mehrheit der Bevölkerung fordert von der baden-württembergischen Landesregierung in vielen Bereichen Mehrausgaben. Dies gilt insbesondere für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen. So wünschen sich 94 Prozent der Bürger, dass Baden-Württemberg mehr Geld in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen investiert. 91 Prozent wünschen sich mehr Ausgaben für die Ausstattung von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken.

Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt. Höhere staatliche Zuwendungen für öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien wünschen sich sieben von zehn Baden-Württembergern.

Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung. So meinen 78 Prozent, dass Baden-Württemberg bei großen Bauprojekten eher sparen sollte. 63 Prozent finden, dass auch bei Kultureinrichtungen wie Theater und Museen eher Geld gespart als ausgegeben werden sollte, 53 Prozent unterstützen Sparmaßnahmen bei der staatlichen Förderung von Sportvereinen und Sportereignissen. Bereiche, in denen sich aus Sicht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Sparmaßnahmen verbieten, sind Gesundheitseinrichtungen und Schulen.



Foto: dpa/Bernd Weißhof

**„Wir können nicht alle Krisen mit Schulden finanzieren.“**

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

### 5. Viel Unmut über Bürokratie

Das Thema Bürokratieabbau ist zwar fester Bestandteil von Wahlkämpfen und Parteiprogrammen, in der politischen Praxis werden die geäußerten Forderungen jedoch nur selten konkretisiert. Die Bevölkerung würde den Abbau bürokratischer Hürden mit breiter Mehrheit unterstützen, zu groß ist der Unmut über staatliche Regelungen und Verordnungen.

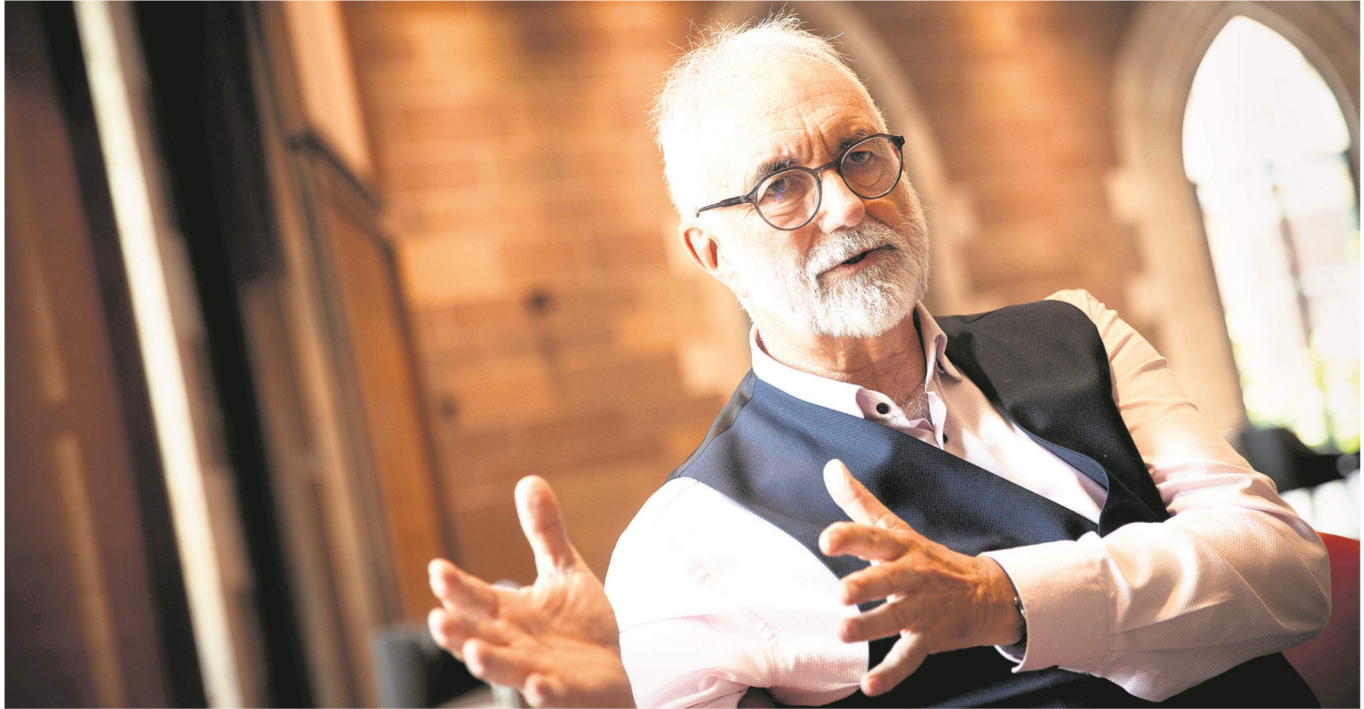
Ein Bereich, in dem derzeit besonders intensiv über den Abbau staatlicher Vorgaben diskutiert wird, ist der Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Um insbesondere die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, gibt es verschiedene Vorschläge.

So wird unter anderem darüber diskutiert, Abstriche beim Natur- und Umweltschutz zu machen oder auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen zu beschleunigen.

Gegenüber diesen Vorschlägen gibt es erhebliche Vorbehalte: Nur 31 Prozent würden es begrüßen, wenn es zugunsten eines schnelleren Ausbaus von Windkraftanlagen oder Stromtrassen beim Klima- und Umweltschutz weniger strenge Auflagen gäbe. 39 Prozent halten dies hingegen für keinen guten Weg. Auch der Vorschlag, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken, um damit den Ausbau von Windrädern und Stromtrassen schneller voranzubringen, findet keine größere Unterstützung: 31 Prozent halten dies für einen guten Vorschlag. Gegen die Einschränkungen der Bürgerbeteiligungen votieren dagegen 43 Prozent.



## Pflege-Serie



Peter Niedergesäss ist seit 1. Januar Ombudsperson des Medizinischen Dienstes in Baden-Württemberg.

Foto: Lichtgut/Lef Pichowski

VON VIOLA VOLLAND

**STUTTGART.** Diesen Anruf vergisst Peter Niedergesäss nicht so schnell. Die Frau am anderen Ende der Leitung war völlig verzweifelt. Sie hatte die Rechnung einer psychiatrischen Klinik erhalten – ihr Sohn muss dort in Behandlung gewesen sein. Sie hatte nichts gegen die Rechnung einzuwenden und auch keine Frage zu einem Bescheid oder Gutachten. Die Angst trieb sie dazu, sich an die Ombudsperson des Medizinischen Dienstes (MD) Baden-Württemberg zu wenden: Denn sie fürchtete, dass ihr Sohn auch anderen etwas antun könnte. Sie traue ihm das zu, schilderte sie Niedergesäss. Was sie tun sollte? Sie wisse ja nicht mal, wo ihr Sohn jetzt sei. Sie habe nur die Rechnung.

Eigentlich fällt diese Art der Lebenshilfe nicht in die Aufgabenbeschreibung einer Ombudsperson beim MD. Es komme aber immer wieder vor, dass Menschen bei ihm wegen fachfremder Anliegen anriefen, berichtet Niedergesäss. „Da bin ich dann eher Lotse“, sagt er. Auch die verzweifelte Mutter habe er weitervermittelt: an einen sozialpsychologischen Dienst in ihrem Landkreis.

Seit dem 1. Januar hat jeder Medizinische Dienst in Deutschland eine unabhängige, nicht weisungsgebundene Ombudsperson. Peter Niedergesäss wurde vom Verwaltungsrat des Medizinischen Dienstes Baden-Württemberg auf diese Position berufen – vorgeschlagen wurde er von den Gewerkschaften. Die Ombudsperson können Versicherte vertraulich zurate ziehen, die sich über die Tätigkeit des Medizinischen Dienstes beschweren wollen. Die Beschwerdestelle beim MD existiert weiterhin. Viele Krankenkassen schrieben seine Nummer nun standardmäßig auf die Bescheide, berichtet Niedergesäss. Auch wenn der „Regelfall“ natürlich ohne Konflikt ablaufe – gut zu tun hat er dennoch in dem Ehrenamt.

Er habe bisher mehr als 150 Anfragen bearbeitet. Meistens ging es darum, dass aufgrund eines MD-Gutachtens Leistungen und Hilfsmittel verwehrt oder nicht im gewünschten Umfang gewährt wurden. Oder die Pflegegradeinstufung führte zum Konflikt. Beispiel: Eine Mutter hat gekündigt, um ihren erwachsenen Sohn zu pflegen. Der sei an Long Covid erkrankt und wieder zuhause eingezogen. Das Pflegegeld ist nicht annähernd so hoch wie der Verdienst im alten Job der Mutter. Sie hatte bei der Einstufung einen höheren Pflegegrad erwartet und legte Widerspruch ein. „Ich habe empfohlen, noch von einem Neurologen ein Gutachten einzuholen“, berichtet Niedergesäss. Auch Verbraucherschutzzentralen raten, der Begründung eines Widerspruchs medizinische Unterlagen beizufügen.

Auffällig häufig gehe es bei den Fällen, die bei ihm landen, um Kinder, so der Ombudsmann. In dem Fall eines schwerbehinderten Mädchens sei zum Beispiel eine Reha nur ambulant genehmigt worden. Beantragt war eine stationäre Reha. Dann wieder hatte

## Der Vermittler in Streitfragen

Seit Januar haben alle Medizinischen Dienste Ombudspersonen wie Peter Niedergesäss – als Anlaufstelle für unzufriedene Versicherte.

er Fälle auf dem Schreibtisch, bei denen es genau anders herum gewesen sei. „Da versuche ich zu vermitteln“, sagt Niedergesäss – und das klappe in der Regel auch ganz gut. Manchmal hätten Anrufer aber auch sehr hohe Ansprüche: dass nur die Klinik in der Schweiz helfen könne oder es zwingend die Mutter-Kind-Kur an der Ostsee sein müsse und nicht die im Schwarzwald.

Die Entscheidung liege nie bei ihm. Die treffen weiterhin die Sachbearbeiter bei den Krankenkassen. „Ich kann auch die Gutachten nicht ändern“, betont er. Diese Vorstellung hätten ebenfalls manche Anrufer, die nicht verstünden, dass es sich bei ihm um eine unabhängige Stelle handelt. Was er tun könne: „Ich helfe, qualifiziert Widerspruch einzulegen.“ Schließlich sei die Krankenkasse nicht an ein Gutachten gebunden. Da könne es helfen, weitere Einschätzungen der Versicherung zukommen zu lassen, wie beim geschilderten Long-Covid-Fall. Auch der Pflegedienst könne schriftlich begründen, warum er eine Höherstufung für sinnvoll erachtet, empfiehlt er.



### Der große Pflegereport

Alles von Betreuung über Finanzen bis zur Ernährung

## Wie man sich wehrt

Welche Möglichkeiten gibt es, wenn Krankenkassen Anträge auf eine Pflegebetreuung oder eine andere Leistung ablehnen?

**STUTTGART.** Krankenkassen müssen über Anträge auf Leistungen innerhalb von drei Wochen nach Antragseingang entscheiden. Ist ein Gutachten erforderlich, verlängert sich diese Frist auf fünf Wochen. Gegen einen ablehnenden Bescheid können sich die Versicherten wehren.

Wichtig ist, innerhalb eines Monats mit Bezug auf das Aktenzeichen Widerspruch einzulegen – und zwar schriftlich per Post und direkt bei der Kranken- oder Pflegekasse. Verbraucherschutzzentralen empfehlen, den Widerspruch per Einschreiben zu schicken. Den Widerspruch muss man zunächst nicht begründen. Eine Begründung ist aber ratsam.

Wird auch der Widerspruch abgelehnt, kann man innerhalb eines Monats beim Sozialgericht Klage einreichen. Auch dies ist nicht per E-Mail möglich, aber per Fax. Man kann die Klage zudem direkt beim Sozialge-

richt aufgeben und dort zu Protokoll geben, dass man klagen will. Die Klageverfahren sind für die Betroffenen kostenlos. Wer einen Anwalt in Anspruch nehmen will, kann Prozesskostenhilfe beantragen. Ob diese gewährt wird, entscheidet das Gericht.

Erste Anlaufstelle für Beschwerden über die Arbeit des Medizinischen Dienstes (MD) ist das Beschwerdemanagement des MD. Im Internet finden sich hier unter [www.md-bw.de/service/lob-kritik](http://www.md-bw.de/service/lob-kritik) die möglichen Wege, um Kritik loszuwerden, zum Beispiel per E-Mail an [Lob-Kritik@md-bw.de](mailto:Lob-Kritik@md-bw.de).

Angehörige erhalten nur Auskunft, wenn eine Schweigepflichtentbindung vorliegt, das Formular kann man sich auf der Internetseite herunterladen. Die Ombudsperson ist via Telefon 0 78 21/9 38 17 01 oder per E-Mail an [ombudsperson@md-bw.de](mailto:ombudsperson@md-bw.de) erreichbar. vv

Was Niedergesäss im ersten halben Jahr seines Ehrenamts aufgefallen ist: wie erschöpft Pflegende oft seien. „Viele Anrufer sind am Ende ihrer Kräfte.“ Er lasse die Menschen erzählen, nehme sich gerne die Zeit, nennt das „aktives Zuhören“, indem er versuche, auch das Positive im Leben der Menschen in Erfahrung zu bringen. „Da bekomme ich viele positive Rückmeldungen“, sagt er. Sein kirchlicher Hintergrund helfe, glaubt er. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Ende Oktober 2020 war Niedergesäss langjähriger Diözesangeschäftsführer, zuvor unter anderem als Sozialsekretär der Katholischen Arbeitnehmerbewegung KAB in der Sozialberatung tätig.

Oft komme in Gesprächen heraus, dass es den Angehörigen nicht so sehr um das Pflegerische gehe, sondern das Drumherum: dass jemand fehlt, der Zeit mit der kranken Mutter, dem kranken Vater verbringt, um der Einsamkeit entgegenzuwirken. Hinzu komme großer Bedarf an Hilfe im Haushalt. Nur sind das Aufgaben, die gar nicht von Fachkräften erledigt werden. „Dafür gibt es auch ehrenamtliche Hilfsdienste“, sagt Niedergesäss. Diese müssten offenbar teils bekannter werden.

Was er selbst bisher bewirken konnte, kann er schwer abschätzen. Rückmeldungen über den Ausgang der Verfahren seien extrem selten. Das deutet der Ombudsmann positiv: „Ich gehe davon aus, dass es meist zu einem guten Ende gekommen ist.“ Ihm mache die Aufgabe jedenfalls Spaß. „Ich habe den Eindruck, dass ich den Menschen helfen kann.“

## Corona belastet Pflegebedürftige

**MÜNCHEN.** Die Coronapandemie hat starke psychische Auswirkungen auf Pflegebedürftige und ihre Angehörigen gehabt. Das zeigt ein am Sonntag in München veröffentlichter Zwischenbericht einer Studie, die vom Klinikum der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München federführend durchgeführt wurde. „Das Gefühl des Alleinseins hat bei Pflegebedürftigen mit und ohne Covid-Erkrankung im Vergleich zu vor der Pandemie deutlich zugenommen“, sagte Studienleiter Jochen Gensichen. Der Direktor am Institut für Allgemeinmedizin ergänzte, dass die vertrauten Beziehungen in den Familien sich änderten, wenn sie nur noch über Telefon gelebt werden könnten.

Der Bayerische ambulante Covid-19-Monitor (BaCoM) ist laut Mitteilung 2021 gestartet, um die psychischen, physischen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie bei Pflegebedürftigen und Angehörigen in der ambulanten und stationären Langzeitpflege Bayerns interdisziplinär zu untersuchen. Im ersten Jahr hätten sich fast 500 Pflegebedürftige, Leistungserbringer und Angehörige beteiligt. KNA